



Deutschnationale Stahlhelm-Jugend 1930: „Die Front der Demokraten propagandistisch aufgerollt“

Warten auf Hitler

SPIEGEL-Redakteur Heinz Höhne über Deutschlands Weg in die Diktatur (II)

Als der Führer die Kundgebungshalle abtrat, ging ein Raunen durch die wartende Menge. Erst waren es ein paar Leute, die „Heil!“ und „Deutschland heil!“ schrien und dabei die rechte Hand zum Gruß erhoben, dann pflanzten sich die Schreie tausendfach fort. Der Führer erhob ebenfalls die Hand und stapfte mit seinen Begleitern zu den vordersten Sitzreihen.

Ein paar Minuten später stand er auf dem Rednerpodium. „Niemals ist der Ruf nach einem Führertum großen Stils“, rief er, „lebendiger und ungeduldiger durch die deutsche Volksseele gegangen als in den Tagen, wo die vaterländische und kulturelle Not uns allen die Seele bedrückt.“

Durch das ganze Volk, so der Redner weiter, gehe eine tiefe „Sehnsucht nach den Führern, die uns auf dem dornenvollen Pfade voranschreiten“. Es sei höchste Zeit für den begnadeten Führer, zum „entschlossenen Griff nach dem Steueruder des Staates“ auszuholen.

Eine Kundgebung der NSDAP, Hitler auf dem Rednerpodium? Keineswegs. Der Redner war der Zentrumsführer Ludwig Kaas, dessen Ansprache auf dem Deutschen Katholikentag in Freiburg im August 1929 wie kaum eine andere seiner Zeit das fast pseudoreligiöse Verlangen vieler Deutscher nach dem Führer artikulierte, nach der Wundergestalt, die von allen Übeln dieser Welt erlöst.

Die Führersehnsucht – das war die Antwort von Millionen Deutschen auf das Versagen und das Ränkespiel der Parteien, die in ihrer Verantwortungsscheu keines der vielen Probleme der Republik lösen konnten. „Die Parteien sind gar nicht imstande, die großen innerpolitischen Fragen, vor deren Entscheidung wir stehen, zu meistern“, schrieb kurz nach der Kaas-Rede Würtembergers Staatspräsident Eugen Bolz.

Immer mehr Deutsche wünschten sich eine autoritäre Figur an die Spitze des

Staates, die endlich wieder regieren sollte. Angesichts der „Ohnmacht unseres ganzen Regierungssystems“ schien dem Demokraten Bolz keine andere Lösung mehr möglich: „Wenn ein Diktator für zehn Jahre möglich wäre – ich würde es wünschen.“

Eine republikanische Mär will freilich, die Führerideologie sei ausschließlich Gedankengut der deutschen Rechten gewesen. Das trifft nicht zu. Die Diktatorseeligkeit der Rechten verstand sich gleichsam von selbst; was aber die Führersehnsucht so beklemmend und erst richtig zu einer Erscheinung der Zeit machte, war die Tatsache, daß ihr so viele Demokraten erlagen.

Kaum eine Partei, die nicht das Heil „von der Führerseite her“ (Kaas) erwartete. Die NSDAP war ganz auf ihren Führer ausgerichtet, die Organisation der KPD wurde immer mehr nach dem „Führerprinzip“ umstrukturiert, der Sozialdemokrat Theodor Haubach schwärmte von einer „Führerdemokra-

tie“, und im SPD-abhängigen Reichsbanner gingen schon Führer-befehl-wir-folgen-dir-Sprüche um, die später in ihrer braunen Fassung schweres Unheil anrichten sollten.

Und jeder Politiker in Deutschland sollte jetzt ein Führer sein: Der Reichspräsident von Hindenburg wurde als „Führer der deutschen Nation“ apostrophiert, Kaas' Wahl zum Vorsitzenden der Zentrums-Partei als ein „Sieg des Führergedankens“ gefeiert, der erste Reichsbannerführer Hörning war ein „Führer aus der Not“, und Preußens SPD-Ministerpräsident Braun gar ein Mann, dem das Volk als „dem wahren Führer zjubelt“ (so jedenfalls der sozialdemokratische „Vorwärts“).

Deutlicher konnte kaum zum Ausdruck kommen, wie sehr das Verlangen der Massen nach Gefolgschaftstreue und unmittelbarer Führung schon lange vor Hitlers Machtaufstieg die demokratischen Formen und Inhalte ramponierte. Der Historiker Karl Rohe urteilt: „Noch ehe der Führerstaat (Hitlers) Wirklichkeit wurde, war die Front der Weimarer Demokratie propagandistisch aufge-
rollt.“

Der Führerkult lockte auch eine Jugend an, die mit dem altväterischen Honoratiorenstil demokratischer Parteien und Politiker nichts anfangen konnte. „Führertum“ war das Schlüsselwort, auf das junge Menschen seit Jahren warteten. Die Jugend hatte von allen Gruppen der Gesellschaft wohl die größte Sehnsucht nach erlebtem Führertum und bündischer Gemeinschaft, die so wenig von den republikanischen Institutionen und Organisationen befriedigt wurde.



Reichsbanner-Jugend 1932: „Die Parteien können die großen Fragen nicht meistern“

Das entzog den demokratischen Parteien wichtigste Revitalisierungskräfte. Parteien ohne Jugend – das mußte für die Demokratie verhängnisvoll sein. Die SPD hatte es bereits an sich selber zu spüren bekommen: 1907 waren etwa 75 Prozent ihrer Mitglieder jünger als 40 Jahre gewesen, 1930 aber waren es nur noch 44 Prozent.

Wo aber blieben die aktivistischen Teile der deutschen Jugend, wenn nicht bei den demokratischen Parteien? Nicht, oder besser: noch nicht in erster Linie bei den Nazis, wie eine Legende glauben

machen will. Wohl aber überall dort, wo Entschiedenheit und Emotion, wo romantisch-irrationaler Militanz und ein bißchen Abenteuerlust verlangt war.

Sie waren in den Selbstschutzorganisationen der Parteien gefragt, den Relikten aus der Zeit des deutschen Bürgerkrieges Anfang der zwanziger Jahre, die jetzt zu neuem Leben erwachten. Ob

deutschnationaler Stahlhelm, nationalsozialistische Sturm-Abteilung (SA), kommunistischer Roter Frontkämpfer-Bund oder das demokratische Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold: Sie transportierten, wie verschieden sie auch sein mochten, einen aggressiven Antiintellektualismus und vulgären Militarismus

in die Innenpolitik, unbedenklich genug, das Interesse der kompromißlosen Engagement suchenden Jugend auf sich zu lenken.

Tausende von Jugendlichen traten in die Selbstschutzorganisationen ein und wirkten in diesen paramilitärischen Verbänden dabei mit, die ohnehin schon harten gesellschaftlichen Gegensätze durch eine Dimension der Gewalttätigkeit zu verschärfen.

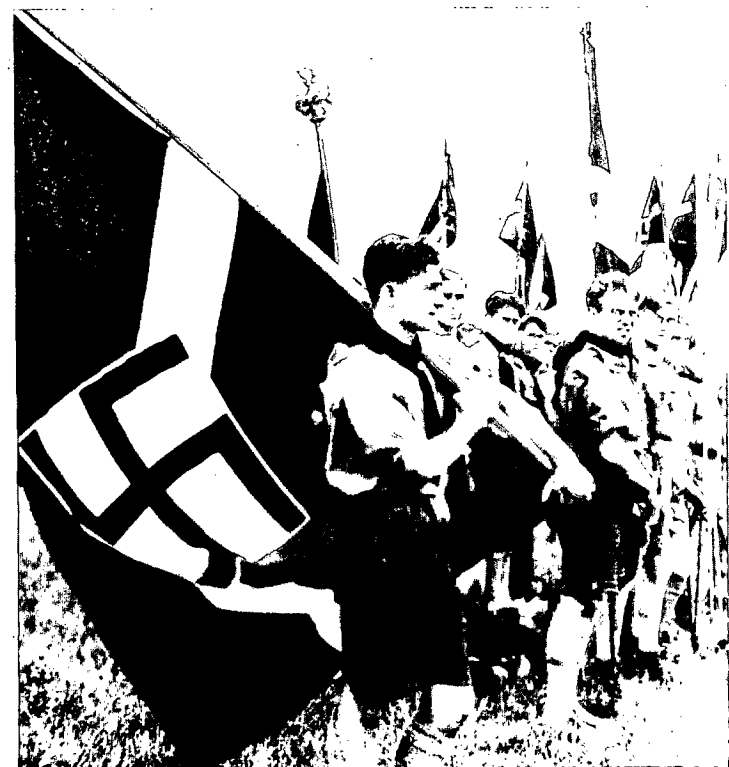
Die meisten Mitglieder der SA gehörten zu den Altersgruppen zwischen 18 und 25 Jahren, und nicht viel anders war es bei ihren linken Gegnern. In die Reihe des Reichsbanners strömten so viele Jugendliche, daß der Parteivorstand der SPD eine jung-aktivistische Konkurrenz zur überalterten Partei heranwachsen sah und die Werbung für das Reichsbanner einzudämmen suchte.

Die meist jugendliche Aggressivität der Selbstschutzorganisationen machte diese zu Instrumenten des politischen Terrors, zu Bürgerkriegsarmeen. Gewaltsamkeit bestimmte immer mehr das politische Leben, wie auch die Entwicklung im Reichsbanner zeigte.

Ursprünglich hatte das Reichsbanner, in dem sich noch einmal die alte Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und Linksliberale) verwirklichte, aller Gewaltsamkeit und Militarisierung entsagt. Damit konnten sich jedoch die biedereren Vorstandsgenossen nicht lange halten, bald mußten sie sich auch auf jugendliche Militanz umstellen.

Die Jugend bekam, was sie haben wollte: Marschmusik, Fahnen, Uniformen, Trommeln, Geländespiele, Schießübungen, Schlägereien mit dem politischen Gegner. Das Soldatische war Trumpf, im Reichsbanner ebenso wie in der SA und im Stahlhelm.

Das Reichsbanner kannte zwar nicht die brutale Intoleranz seiner rechtsradi-



Hitler-Jugend 1930: „Vulgärer Militarismus“



Zentrums-Vorsitzender Kaas
„Sehnsucht nach den Führern ...“

kalen Gegner, aber es war auch auf die Vernichtung des politischen Gegners aus. Für das Reichsbanner existierte eine eiserne „Grenze, jenseits der es keinen Kompromiß, nur mehr Sieg oder Niederlage gab; sie lag genau dort, wo der eigene, höchst einseitig und dogmatisch interpretierte Republikanismus mit anderen politischen Ideen zusammenstieß“, wie Rohe formuliert.

So manifestierte sich auch in diesem Teil der Gesellschaft der Mangel an Kompromißfähigkeit. Eine Fülle ungelöster Probleme, verantwortungsscheue Parteien, Abseitsstehen wichtiger Sozialgruppen, Militarisierung der Politik – genügend Stoff für die große Staats- und Gesellschaftskrise, die der Republik 1930 zum Verhängnis wurde.

Denn: Nicht erst der 30. Januar 1933 stürzte Deutschland ins Unglück, die Fahrt in die Katastrophe hatte bereits drei Jahre früher begonnen, zu einer Zeit, da Hitlers Bewegung noch gar nicht ins Zentrum deutscher Politik getreten war und die Wirtschaftskrise noch nicht voll auf das Land durchgeschlagen hatte. 1930 war das Jahr, in dem sich nahezu alles entschied.

Nach außen hin deutete jedoch kaum etwas auf den kommenden Zusammenbruch der deutschen Demokratie hin. Im Gegenteil, begonnen hatte die

Krise mit einem Akt scheinbarer Konsolidierung, der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928.

Die SPD hatte fast ein Drittel aller 491 Reichstagsmandate errungen, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und das Zentrum 87 Mandate, wodurch von der Weimarer Koalition die absolute Mehrheit nur um wenige Sitze verfehlt worden war. Mit der Deutschen Volkspartei (DVP) aber ließ sich bequem eine Große Koalition bilden, und dazu bestand auch einige Neigung bei der SPD.

Prompt richtete sich aller Augenmerk auf den Sozialdemokraten, der seit Monaten zur Bildung einer Großen Koalition einschließlich der SPD aufgerufen hatte, in der er das einzig realistische Mittel zur Festigung der Republik sah: Otto Braun.

Preußens 56jähriger Ministerpräsident galt als eine Art Geheimtip der SPD. Der gebürtige Königsberger Braun, ehemaliger Steindruckerlehrling und Führer der ostpreussischen Landarbeiterbewe-

Plan: Braun wollte Reichskanzler werden und zugleich seinen preussischen Ministerpräsidentenposten behalten, also gleichsam Preußen und Reich in einer Personalunion vereinigen.

Es war der Versuch, den Gordischen Knoten des deutschen Föderalismus durchzuschlagen, litt doch die Republik nicht zuletzt an dem übermächtigen Preußen und den ständigen Reibereien zwischen den Regierungen Preußens und des Reichs, die meist von höchst unterschiedlichen Koalitionen besetzt waren.

Doch Brauns Genossen gaben dem Plan keine Chance, sie dachten gar nicht daran, den Preußen in die Reichskanzlei zu lassen. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels, immer etwas neidisch auf den „starken Mann“ der Partei, fand es schon unerträglich, daß Braun in Preußen regierte, als gebe es keinen Parteivorstand.

Noch stärker aber mißfiel ihm die Vorstellung, daß nun ausgerechnet dieser Mann, der für die Parteibürokratie



... die uns auf dem dornenvollen Pfade voranschreiten“: **Reichspräsident von Hindenburg***

gung, seit März 1920 mit kurzen Unterbrechungen Chef einer Landesregierung der Weimarer Koalition, hatte das Format eines Staatsmannes.

Selbst seine konservativen Gegner mußten ihm zugestehen, daß er das „rote“ Preußen vorbildlich regierte, und es gehörte zu den wenigen Glücksfällen dieser Republik ohne Fortüne, daß Preußen die Hauptbastion der Demokratie war.

Braun hatte sich auch schon einen Plan zurechtgelegt, mit dem er versuchen wollte, preussische Solidität in das Durcheinander der Berliner Kabinettswechsel zu bringen. Es war allerdings ein verfassungspolitisch abenteuerlicher

immer ein Außenseiter gewesen war, auch noch im Reich regieren sollte. Wels wußte solchem „Unsinn“ rasch ein Ende zu setzen.

Kaum hatten sich die führenden Männer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am 25. Mai in Brauns Berliner Dienstwohnung getroffen, um die Konsequenzen des für die Partei so erfreulichen Wahlergebnisses zu besprechen, da belehrten sie den Gastgeber kühl, daß er als Reichskanzler nicht in Frage komme.

* Bei einer Gedenkfeier des Johanniterordens. 1927.

Braun gab sofort nach und unternahm keinen Versuch, den Parteivorstand umzustimmen. Schon in dieser Stunde erwies sich, was später dem demokratischen Preußen zum Verhängnis werden sollte: daß Otto Braun mitnichten der eisenharte Mann war, für den ihn seine Freunde und die politische Publizistik der Zeit hielten.

Statt des Preußen Braun erkoren sich die Spitzengenossen einen schwachen, farblosen Mannheimer zum Kanzlerkandidaten, von dem der Parteivorstand kaum Eigenwilliges zu befürchten hatte.

Hermann Müller, gerade 52 Jahre alt geworden, Sohn eines Fabrikanten und ehemaliger SPD-Redakteur, seit 1906 im Parteivorstand und seit 1920 Mitvorsitzender der Reichstagsfraktion, war von März bis Juni 1920 Kanzler der letzten Weimarer Koalition gewesen und wollte es gern wieder werden, obwohl ihm die Kritiker kaum eine Befähigung dazu attestierten.

Am 12. Juni 1928 holte sich Müller von Hindenburg den offiziellen Auftrag zur Bildung einer Regierung, kurz danach nahm er Verbindung mit den anderen Parteien auf. Schon die ersten Gespräche offenbarten indes, daß keine der in Frage kommenden fünf Parteien (SPD, Zentrum, DDP, DVP und Bayerische Volkspartei) rechte Lust hatte, sich mit Regierungsverantwortung zu belasten.

Sie wollten sich nicht mit dem von Müller skizzierten Regierungsprogramm identifizieren und lehnten formale Koalitionsabsprachen ab; allenfalls waren sie bereit, Mitglieder ihrer Partei als „Einzelpersonlichkeiten“ oder als „Verbindungsmänner“ in das Kabinett zu entsenden.

So blieb Müller nur die Möglichkeit, ein „Kabinett der Köpfe“ zusammenzustellen. Als er es nach fünf Wochen geschafft hatte, war mancher gute Kopf dabei: Gustav Stresemann, der Dauer-Außenminister der Republik, übernahm sein altes Ministerium, der Sozialdemokrat Carl Severing, als preußischer Innenminister bewährt, trat an die Spitze des Reichsinnenministeriums, und der Nationalökonom Rudolf Hilferding, ein marxistischer Theoretiker von Rang, wurde Reichsfinanzminister.

Ein parteiloser Soldat kam noch hinzu: Generalleutnant a. D. Wilhelm Groener, der letzte Erste Generalquartiermeister der alten Armee und eine der Gründerfiguren der Republik, trat als Reichswehrminister in das Kabinett ein.

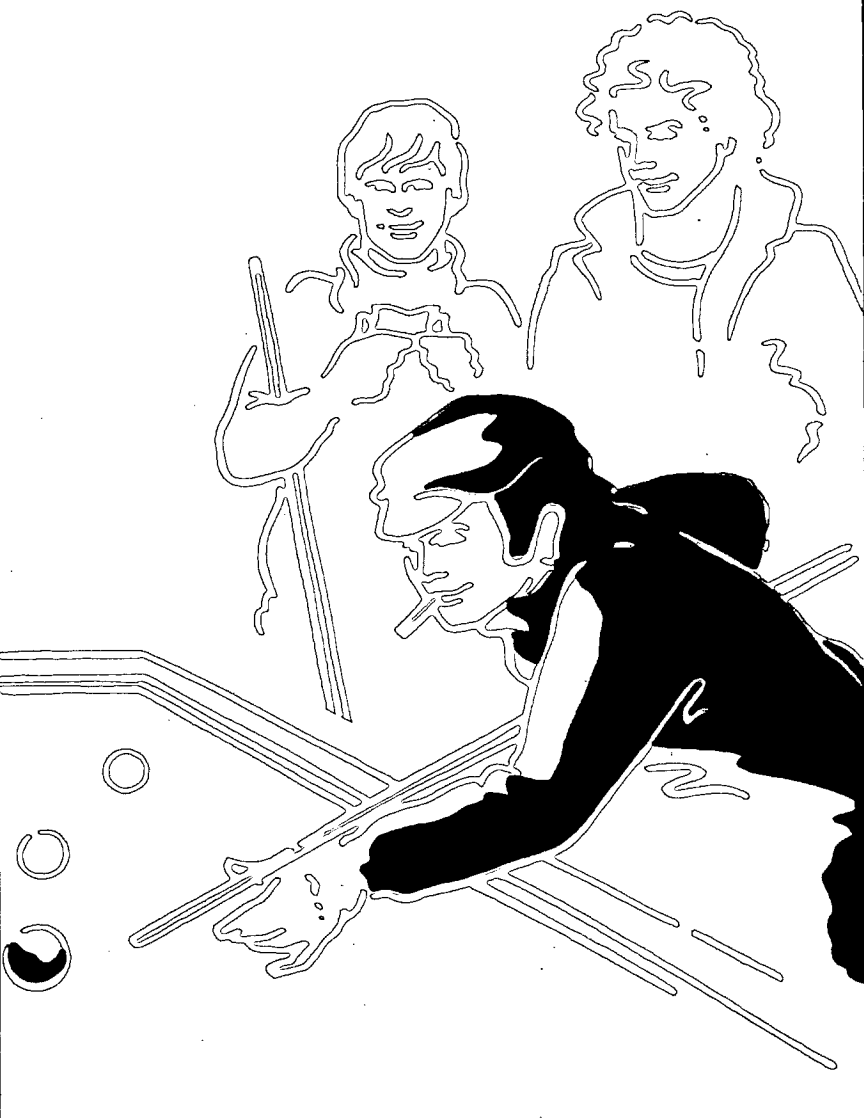
Am 3. Juli stand Müller mit seinem Kabinett vor dem Reichstag und erläuterte das Regierungsprogramm. „Die Rede war langweilig“, notierte ein Zuhörer, und das „Berliner Tageblatt“ schrieb: „Ein Kabinett mit eingebauter Dauerkrise.“ Die erste Krise ließ nicht lange auf sich warten.

Bei einer der nächsten Kabinettsitzungen erinnerte Reichswehrminister Groener daran, daß es aus der Zeit des

DREH DIR DIE WÜRZE IN DEN ALLTAG.



Würzig im Geschmack.
Rund in der Mischung.
Vernünftig im Preis.
50 g im Beutel - DM 4,20
100 g in der Dose -
DM 8,20



vorangegangenen Kabinetts noch einen Vorgang gebe, der dringend der Erledigung harre; das Kabinett müsse beschließen, wann mit dem Bau des Panzerschiffes A begonnen werden solle. So nannte die Marineleitung den ersten der Zehntausendtonner, die allmählich die alten Linienschiffe ersetzen sollten.

Der Bau der A war bereits im März 1928 zusammen mit dem Marineetat vom Reichstag genehmigt worden – gegen die Stimmen der SPD. Da aber der Reichsrat, die Vertretung der Länder, einige Monate zuvor auf Drängen des Antimilitaristen Braun die Streichung der ersten Baurate beschlossen hatte, war vom Kabinett zugesagt worden, den Baubeginn auf den Herbst zu verschieben und ihn dann noch einmal neu festzulegen. Und das mußte nun geschehen – meinte Groener.

Müller erschrak. Die Aufrüstung der Marine, wie bescheiden auch immer, war nun das letzte, womit er den Genossen in der Reichstagsfraktion kommen konnte. Die Reichsmarine kam für die meisten Sozialdemokraten gleich hinter dem Beelzebub.

Die illoyale Haltung der Marine im Kapp-Putsch, die Rolle von Marineoffizieren bei Mordanschlägen gegen republikanische Politiker und in gegenrevolutionären Coups, die Verhöhnung von Demokratie und Republik in den Kasinos und Schulen der Reichsmarine, die geheimen, weil verbotenen Aufrüstungsaktivitäten der Marineleitung im Ausland – das war bei der SPD noch alles unvergessen.

Zudem gab es in der SPD eine lautstarke Gruppe extremer Marxisten und Pazifisten, der nichts unsinniger vorkam, als eine Marine zu unterhalten.

Das hatte Folgen: Wann immer der Marineetat beraten wurde, der Bau neuer Kriegsschiffe zur Diskussion stand oder Personalfragen der Marine erörtert wurden – die SPD lehnte stets ab. Die von Polen ausgehenden Gefahren wurden einfach negiert, die Sorge um die äußere Sicherheit zu einer Schimäre kriegslüsterner Militärs erklärt.

Und einer solchen Partei sollte er, Hermann Müller, zumuten, den Bau des Panzerschiffes A hinzunehmen? Er konnte sich gut ausmalen, was in der Fraktion passieren würde, wenn das bekannt wurde. Schließlich hatte die Partei die letz-

ten Wahlen mit der Kampfparole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer!“ bestritten.

Doch Groener blieb hartnäckig. Er hatte seine Gründe, an dem Projekt „Panzerschiff A“ festzuhalten, obwohl er selber seine Zweifel hatte, ob nun die A das geeignete Schiff sei, um die Polen vor Angriffen in der Ostsee abzuschrecken. „Ich bin kein kritikloser Flottenschwärmer“, sagte Groener gern zum Entsetzen von Marineoffizieren.

Dennoch stellte er sich hinter das Projekt. Denn das Panzerschiff A war ihm eine Art Lehrstück für die deutsche Öffentlichkeit, die lernen sollte, wieder etwas mehr in militärischen Kategorien zu denken. Das Reichswehrministerium war längst dazu übergegangen, ein genau kontrolliertes Aufrüstungsprogramm in Angriff zu nehmen – das angeblich so harte „Schanddiktat“ von Versailles hatte also doch nicht alle deutschen Großmachtillusionen zerstört.

Groener verlangte im Kabinett des Kanzlers Müller, endlich einen Beschluß zu fassen. Groeners Argumente müssen überzeugend genug gewesen sein, Müller



Reichskanzler Müller
„Kabinett mit eingebauter Dauerkrise“



KPD-Demonstration gegen Panzerschiff A: Der Kanzler wurde zum Gespött der Nation

gegen seine Interessen handeln zu lassen. Am 10. August 1928 beschloß das Kabinett, mit dem Bau des Panzerschiffs sofort zu beginnen.

Da aber zeigte die SPD-Fraktion drastisch, was ihr ein sozialdemokratischer Reichskanzler wert war. Ein Sturm der Entrüstung fegte durch Reichstag und Presse, die Partei verlangte, die SPD-Minister zur Rechenschaft zu ziehen. Braun rief Müller an und kanzelte ihn wütend ab, worauf der Rivale nur verle-

gen erwiderte, der Reichspräsident habe halt so gedrängt und der Reichsfinanzminister keine Bedenken gehabt.

Dann kam das Schlimmste: Die SPD-Fraktion beorderte Müller und Hilferding zum 18. August in den Reichstag und bereitete den beiden „ein Scherbengericht, das seinesgleichen suchte“ – so der Historiker Hagen Schulze. Müller reagierte hilflos: „Wenn ihr wollt, gut, dann treten wir aus der Regierung aus.“

Doch so leicht ließen ihn die Spitzen-genossen nicht davonkommen. Die Fraktion stellte am 31. Oktober im Reichstagsplenum den Antrag, den Bau des Panzerschiffs A einzustellen und das dadurch freigewordene Geld für die Kinderspeisung zu verwenden, und beschloß zudem, für die Abstimmung Fraktionszwang zu verhängen.

So mußten Müller und die SPD-Minister, als Abgeordnete ihrer Fraktion, am 16. November 1928 gegen ihren eigenen Kabinettsbeschluß stimmen. Das hatte es in der deutschen Parlamentsgeschichte noch nicht gegeben: einen Kanzler, den die eigene Fraktion zwang, sich zum Gespött der Nation zu machen. Ihm blieb nur der Triumph, daß die Mehrheit des Reichstags den Antrag der SPD ablehnte – Panzerschiff A wurde gebaut.

Damit war nicht nur „das Ansehen des Parlaments tief heruntergebracht worden“, wie die „Frankfurter Zeitung“ kritisierte, das Prestige des Reichskanzlers war auf den Nullpunkt gesunken. Diesem Kabinett konnte man offenbar alles zumuten – Anlaß für die nächste Krise, die Anfang 1929 folgte.

Die Zentrumsparlei fand plötzlich, sie sei nicht stark genug im Kabinett vertreten, und verlangte nun statt des einen ihr zugebilligten Ministeriums gleich deren drei. Das aber sah wiederum die DVP als einen Anschlag gegen ihre Position im Kabinett an und legte sich quer. Ergebnis: Das Zentrum zog Anfang Februar seinen Minister zurück und kündigte dem Kabinett die Gefolgschaft auf.

Das war freilich nur Taktik, die auch gleich durchschaut wurde. „Das Zentrum“, schrieb DDP-Chef Koch-Weser, auch er Minister im Kabinett, in sein Tagebuch, „wittert Morgenluft. Es sind Kreise in ihm, die wieder in die Regierung hinein möchten, wenn es gelingt, die DVP hinauszudrängen und das Außenministerium für Herrn Kaas oder Herrn Wirth zu erobern.“

Müller aber versuchte verzweifelt, die Zentrumsparlei ins Kabinett zurückzulocken; gerade war es ihm gelungen, Koalitionsabsprachen mit den vier anderen Parteien zu treffen, nun geriet ihm wieder alles durcheinander.

Schließlich sprang Stresemann seinem Kanzler bei und berief zum 26. Februar eine Sitzung des Zentralvorstands der DVP nach Berlin ein, um die Partei zu einer kompromißbereiteren Haltung gegenüber dem Zentrum zu gewinnen. Doch da kam er bei seinen Parteifreunden schlecht an.

Der vergangene Winter war hart gewesen, die Zahl der Arbeitslosen noch nie so angestiegen wie diesmal. Im Februar 1929 waren bei den Arbeitsämtern drei Millionen Arbeitslose registriert, 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos.

Die DVP-Politiker konnten sich schon ausrechnen, was passieren würde: Die Unterstützungsgelder der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung würden nicht ausreichen, um das Heer der Arbeitslosen zu befriedigen, weitere Gelder aus dem längst erschöpften Reichshaushalt müßten angefordert werden, der Staat müßte Kredite aufnehmen – und am Ende würden die Unternehmer, etwa durch Erhöhung der Beitragszahlungen in die Kasse der Reichsanstalt, die Zeche zahlen müssen.

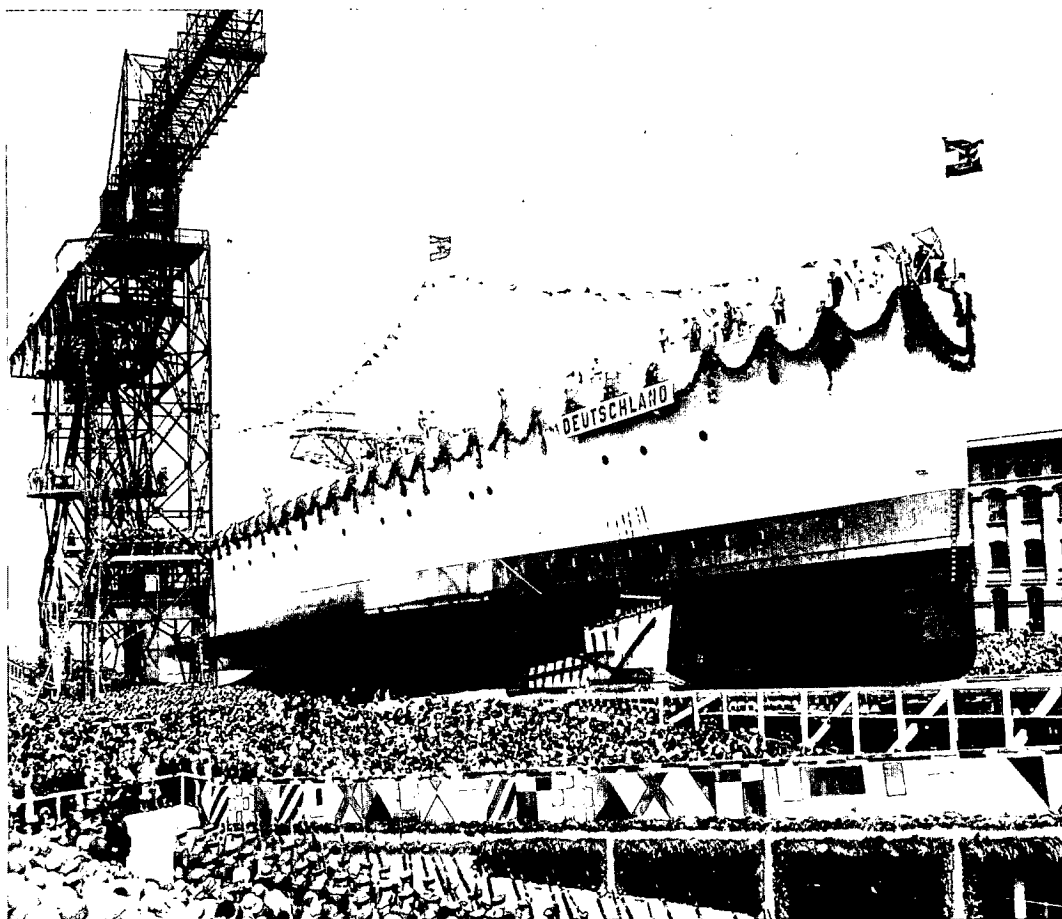
Dazu aber waren die großindustriellen Geldgeber der DVP nicht bereit, zumal die Unternehmerverbände immer härter gegen die ganze Sozialpolitik der Republik Front machten. Schon die Kampagne der Schwerindustrie gegen das staatliche Schlichtungssystem im Herbst 1928

(„Ruhreisenstreit“) hatte gezeigt, daß viele Unternehmer dabei waren, einen Klassenkampf von oben zu betreiben. Keine Kompromisse mehr mit SPD oder Gewerkschaften, lautete die Unternehmerformel.

Folglich kam es den DVP-Strategen darauf an, die Position der Partei im Kabinett zu halten, ja, zu verstärken, vor allem gegenüber der SPD, die mit Sicherheit nicht versäumen würde, eine Anhebung der Unternehmerbeiträge für die Reichsanstalt zu verlangen. Für diese Auseinandersetzung galt es sich gut vorzubereiten, und da störte nichts so sehr wie Stresemanns Appell zu Kompromiß und Konzessionen. Der Zentralvorstand ließ den Parteivorsitzenden abblitzen.

Stresemann erkannte, daß dies nicht mehr seine Partei war. Die DVP, wetterte er, sei eine „reine Industriepartei“ geworden, die Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems seien verderbt. Mit dieser korrumpierten DVP war Stresemann fertig. Er beschloß, die Partei zu verlassen.

Ihm entging freilich dabei, daß auch auf der anderen Seite der Parteigeist schon in Wallung geraten war. In der SPD-Zeitschrift „Die Gesellschaft“ drohte ein Genosse, der sich Georg Decker nannte, der DVP die Mobilmachung des proletarischen Volkszorns („Kampffront der Demokratie“) an, falls die Partei nicht aufhöre, die sozialen



Stapellauf des Panzerschiffs A in Kiel 1930: Die SPD-Fraktion rebellierte

Errungenschaften der Republik zu sabotieren.

Noch gröber waren die Töne, die vom Parteitag der SPD in Magdeburg im Mai ertönten. Dort trat der stärker gewordene Linksflügel der Partei gegen die Koalitionspolitik der SPD-Führung an und verlangte den Abbruch aller Kooperation mit dem Staat des Klassenfeindes.

„Im Interesse der Partei, im Interesse des Proletariats: heraus aus der Reichsregierung!“ forderte der SPD-Abgeordnete Kurt Rosenfeld, der seine Genossen animierte, „die richtigen Konsequenzen zu ziehen, rechtzeitig, bevor weitere Belastungen der Partei eingetreten sind“.

zum Ausdruck kommen, wie unsicher die große demokratische Partei in ihrem Verhältnis zur parlamentarischen Ordnung geworden war.

Müller und seine Minister standen ziemlich allein da mit ihren feierlichen Appellen, über Parteiinteressen doch nicht das Wohl des ganzen Staates zu vergessen. Da kamen sie aber bei dem Delegierten Hans Friedrich Wendt an die falsche Adresse. Wendt: „Ich halte dieses Über-den-Parteien-Stehen der Regierung für einen Rückfall in die bürgerlich-liberale Mentalität.“

Keiner der entscheidenden SPD-Führer erkannte die Gefahrenzeichen, an die akute Gefährdung des Parteienstaates mochte keiner von ihnen glauben. Der

war die Hochkonjunktur in eine Rezession umgeschlagen, was die Reichsregierung genötigt hatte, einen Ausweg aus dem Wirrwarr der alliierten Reparationsforderungen zu suchen.

Bis dahin hatte der Dawes-Plan von 1924 gegolten, ein interalliiertes, nach dem US-Bankier Charles Dawes genanntes Abkommen, das Deutschland die Pflicht auferlegte, auf unbestimmte Zeit hinaus jährlich Reparationszahlungen in Höhe von 2,4 Milliarden Mark an die Siegermächte zu leisten. Aus ihren Überschüssen allein konnte die deutsche Wirtschaft diese Summe nicht aufbringen; die Amerikaner erleichterten daher den Deutschen die Zahlungen durch Auslandskredite, vor allem durch die in den USA gezeichnete Dawes-Anleihe.

Die Rezession in Deutschland aber ramponierte dieses System; die Republik geriet in Zahlungsschwierigkeiten, überall deutlich erkennbar: Die geringer fließenden Kapitalströme aus dem Ausland machten die Lösung der deutschen Zahlungsbilanzprobleme noch heikler, Arbeitslosigkeit und Lohnkonflikte derangierten die öffentlichen Haushalte.

Da aber Amerika kein Interesse haben konnte, „seine Kredite in einem bankrotten Land zu wissen“, wie es ein Kenner umschreibt, benutzten der Reichskanzler Müller und seine Minister die Rezession dazu, die Amerikaner zu einem für Deutschland günstigeren Reparationsabkommen zu gewinnen. So trafen sich Deutsche und Amerikaner im September

1928 in Genf, wo Müllers Beauftragte ihre Wünsche vorbrachten: Festlegung einer Gesamtsumme (sie war bisher von den Alliierten immer verweigert worden), geringere Jahreszahlungen, baldige Räumung des von den Alliierten noch besetzten Rheinlands.

Man einigte sich auf eine Sachverständigenkonferenz, die am 9. Februar 1929 in Paris unter dem Vorsitz des US-Bankiers Owen D. Young zusammentrat. Auf der deutschen Seite des Verhandlungstisches saß der bedeutendste Finanzmann der Republik, der ebenso legendenumwobene wie unberechenbare Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, den viele Deutsche für einen Zauberer, zumindest für den Schöpfer der neuen Reichsmark von 1923 hielten.



Arbeitslose bei der Notspeisung in Berlin 1931: Konflikt um ein halbes Prozent Beitragserhöhung

Zwar konnten sich die Linken auf dem Parteitag nicht durchsetzen, aber auch die Parteiführung ließ erkennen, daß sie nicht mehr viel Lust zum Mitregieren hatte. Viele waren schon dabei, „ohne sich allzu tiefen Gedanken hinzugeben, in die bequemen Wasser lieber alter Oppositionsherrlichkeit“ zurückzuzugeln, wie später der Abgeordnete Julius Leber schrieb.

Unverkennbar war denn auch in Magdeburg, daß die Parteiführung bereits begonnen hatte, sich auf einen Rückzug aus der Regierungsverantwortung einzustellen. Schließlich könne man der Partei, rief der Fraktionsvorsitzende Breitscheid, nicht zumuten, zur Rettung des parlamentarischen Systems „jedes Opfer zu bringen“. Deutlicher konnte gar nicht

Zentrumsführer Wirth hatte als einer der wenigen Klarsehenden im Februar geschrieben, der „ganze Spuk der letzten Wochen“ sei nichts anderes als „der Vorbote des Faschismus“, doch die führenden Sozialdemokraten sahen keine rechtsradikale Gefahr.

So blieben die Parteien der Großen Koalition weiterhin zerstritten, setzten das alte Spiel um Einfluß und Macht fort. Das Kabinett Müller, in das nun die Zentrumsparität (mit drei Ministern) zurückgekehrt war, wäre schon im Sommer 1929 geplatzt, hätte nicht plötzlich die Außenpolitik ein handlungsfähiges Kabinett erfordert.

Die Reparationsfrage, die große, bedrückende Erblast des verlorenen Krieges, war wieder aktuell geworden. 1928



Reparationslieferungen an Frankreich: Deutschland lebte nur noch von amerikanischem Geld

Er und seine Kollegen, meist Männer der westdeutschen Schwerindustrie, handelten einen neuen Abzahlungsmodus aus: 2,05 Milliarden Mark in jährlichen Raten bis 1988, dazu eine amerikanische Anleihe.

Die außenpolitischen Vorteile holte Gustav Stresemann in zähen Verhandlungen heraus. Die Alliierten erklärten sich bereit, das Rheinland noch 1930 zu räumen. Es war die letzte Tat des einzigen erfolgreichen Staatsmannes der Weimarer Republik. Ein paar Monate später, am 3. Oktober 1929, war Stresemann tot, 51 Jahre alt, gestorben an den Folgen eines Schlaganfalls.

Gleichwohl mußte der Reichskanzler mit dem Young-Abkommen vom 7. Juni 1929 zufrieden sein, der neue Reparationsplan war der erste Erfolg seiner Regierung.

Da fegte ein Wirbelsturm über die Finanzmärkte der Welt, ausgelöst durch einen Kurssturz von Millionen amerikanischer Aktien, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt hatte. Allein am 29. Oktober 1929, dem „Schwarzen Dienstag“, setzte die New Yorker Börse 16,4 Millionen Aktien um. Nicht nur Millionen kleiner Sparer in den USA waren schwer getroffen, die ganze Finanz- und Wirtschaftswelt war in Mitleidenschaft gezogen. Panik kam auf – auch im Kabinett des Reichskanzlers Müller.

Kein Land Europas war so von der amerikanischen Wirtschaftsmacht abhängig wie Deutschland. Vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland ein Kapitalausfuhrland gewesen, jetzt lebte es wesentlich vom ausländischen Kapital, und das hieß praktisch: von amerikani-

schem Geld. Es nahm eine Schlüsselrolle im deutschen Investitionsprozeß ein.

Dollarkredite hielten die Wirtschaft in Gang, ohne die Deutschland die Reparationsschulden nicht bezahlen konnte, amerikanische Produktionsmethoden beherrschten die deutsche Industrie. Was würde aus Deutschland werden, wenn die US-Kredite ausblieben?

Nach dem Börsenkrach konnte die Young-Anleihe in den USA nur noch mit Verlusten verkauft werden; Deutschland geriet in Gefahr, seine Kreditwürdigkeit zu verlieren. Und die brauchte es jetzt mehr denn je, da der ganze Reichshaushalt in einem erbärmlichen Zustand war.

Es fehlten 1,5 Milliarden Mark, zudem war die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schon in schwere Bedrängnis geraten. 1927, auf dem Höhepunkt der Konjunktur, hatte man den Finanzbedarf der Arbeitslosenversicherung aufgrund einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 800 000 errechnet, jetzt aber standen 2,8 Millionen Arbeitslose vor den Toren der Arbeitsämter.

Als im Dezember die Reichskasse so leer war, daß die Auszahlung der Beamtengehälter gefährdet schien, legte Finanzminister Hilferding ein Sofortprogramm vor: Heraufsetzung der Tabaksteuer, Erhöhung der Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung von drei auf dreieinhalb Prozent.

Da brachen die alten Gegensätze im Kabinett wieder auf: Der Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell warf dem Sozialdemokraten Hilferding vor, er betreibe

die Politik der Deutschen Volkspartei, und alarmierte die SPD-Fraktion, den Genossen Finanzminister zurückzupfeifen. Die Fraktion reagierte aufgeregt, denn Wissell war Vorstandsmitglied des ADGB und die Allianz mit den Gewerkschaften das Heikelste, was es in der Partei gab.

Der Kanzler verlor allmählich die Geduld, was bei ihm schon viel hieß, und trat die Flucht nach vorn an. Am 12. Dezember 1929 legte Müller dem Reichstag das Hilferdingsche Sofortprogramm vor, obwohl er wußte, daß die vorgesehenen Beitragserhöhungen noch zu gering waren.

Die Abstimmung über das Sofortprogramm endete mit einem Fiasko für die Regierung: Von den 301 Abgeordneten der fünf Koalitionsparteien stimmten nur 222 für das Programm und damit für die Regierung. Deutlicher konnten die Parteien ihr Desinteresse an der Großen Koalition nicht bekunden. Kanzler Müller hatte seine Mehrheit im Reichstag verloren, er war am Ende.

Jeder andere Politiker wäre in diesem Fall zurückgetreten, nicht so das Stehaufmännchen Müller. Er wußte sogleich gute Gründe zum Weitermachen zu nennen: die drohende Staatskrise, das noch nicht ratifizierte Young-Abkommen, das Haushaltsdefizit. Die Parteien im Reichstag aber waren auch nicht an einer Gegenkoalition interessiert und ließen Müller weiterwursteln.

Der Reichskanzler wußte nicht, daß in einem Gebäudekomplex der Berliner Bendlerstraße ein kahlköpfiger Mann mit fahlem, etwas aufgedunsenem Gesicht ihn beobachtete und darüber nach-

dachte, wie man das Kabinett Müller wieder loswerden könne.

„Am besten, wenn der Regierungskurs nach rechts geht“, schrieb er sich auf ein Blatt Papier, und wer ihn genauer kannte, traute ihm durchaus die Fähigkeit zu, einen Kanzler zu stürzen und durch einen anderen zu ersetzen – für so weitreichend hielt man das Netz seiner Kontakte und Querverbindungen, das bis zum Haus des Reichspräsidenten reichte.

Die Leute übertrieben nicht: Kurt von Schleicher sollte eine der Schicksalsfiguren der Republik werden. Der 47jährige Generalmajor von Schleicher, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium und von seinem geistigen Ziehvater Groener gern „mein Kardinal in politics“ genannt, galt als der Mann, dem alles gelinge und der alles wisse. Er hatte brennenden Ehrgeiz, unterhielt über die Abwehrabteilung Informanten in Parteizentralen und Redaktionsbüros und hatte fast alle Spitzenposten des Ministeriums mit ehemaligen Kriegskameraden besetzt.

Schleichers schnoddriger Kasinoton verleitete oberflächliche Beobachter zu der Meinung, er sei ein grundsatzloser

Intrigant, den nur Macht interessiere. In Wirklichkeit hob sich Kurt von Schleicher deutlich von der Masse seiner Standes- und Berufsgenossen ab, die sich trotzig-aggressiv von der Demokratie fernhielten und sich in reaktionären Wunschträumen verloren. Er war ein Rationalist seines Handwerks, er glaubte an Vernunft, Berechenbarkeit und militärisch-gesellschaftliche Gesamtkonzepte.

Nichts war ihm fremder, als den angeblich guten alten Zeiten der Monarchie nachzutrauern, und wenn es einen Grundtenor in seinen zahlreichen Instruktionen, Reden und Mitteilungen an die Reichswehr gab, dann war es der Appell, die Realität zu akzeptieren, und diese Realität hieß in Deutschland: Republik, Versailles, 100 000-Mann-Heer.

Das Rechnen hatte der Offizierssohn aus Brandenburg bei Groener gelernt, der bereits auf der Kriegsakademie sein Lehrer gewesen war. Groener hatte ein Faible für den jungen Hauptmann und holte ihn 1914 in seine Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab. Dort erfuhr Schleicher rasch, was Grenzen militärischer Macht sind; er rechnete

in Transporträumen, Schienenlängen, Bahnkapazitäten.

Über Deutschlands Siegeschancen im Ersten Weltkrieg machte sich Schleicher keine Illusionen. Er blieb an Groeners Seite, der in ihm einen „Wahlsohn“ sah, und war der unbekannte Major, der an dem historischen 10. November 1918 dabei war, als der Ludendorff-Nachfolger Groener im Hauptquartier von Spa am Telephon das Bündnis mit Ebert besiegelte.

Doch er merkte rasch, daß die meisten seiner Kameraden gar nicht begriffen hatten, was mit und in Deutschland geschehen war. Die meisten Führer der Reichswehr, nach dem Zusammenbruch der Monarchie orientierungslos geworden, marschierten im alten Geist weiter.

Entsprechend illusionär waren die militärischen Zukunftspläne, die sie entwarfen. General Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, projektierte allen Ernstes nach dem Vorbild des alten Heeres eine Großmacharmee in Stärke von 63 Divisionen, mit der er Deutschland ohne Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten wieder bündnisfähig machen wollte, und es fehlte auch nicht an Plänen, die schon einen baldigen Revisionskrieg gegen Polen anvisierten.

Dazu formierten sich im Dunkel der Illegalität allerlei paramilitärische Organisationen der Rechten, drittklassige Rüstungsfirmen und zwielichtige Auslandsverbindungen, die sämtlich am Tag X das deutsche Kampfpotential verstärken sollten.

Den Rationalisten Schleicher dünkte all dies Kinderkram, militärisch nutzlos und politisch gefährlich, weil jede Aufdeckung der „Schwarzen Reichswehr“ dem Land schaden mußte. Er fand gleichgestimmte Kameraden, die sich zu einer „Fronde“, wie sie sich selber nannten, zusammenschlossen und gegen die bisherige Reichswehrpolitik Front machten.

Solange freilich Seeckt noch im Amt war, gaben sich die Frondeure bescheiden. Sie machten Bestandsaufnahme: Statt Seeckts Phantasiearmee gab es eine Sieben-Divisionen-Reichswehr, deren Waffen- und Munitionsvorrat gerade ausreichte, eine polnische Invasionstruppe eine Stunde lang aufzuhalten.

Doch Seeckt zeigte sich unbelehrbar. Erst als der General im Herbst 1926 über eine politische Torheit stürzte (er hatte die Teilnahme eines Hohenzollernprinzen in Uniform an Manövern der Reichswehr zugelassen) und ihm der gemütlich-populäre Generalleutnant Wilhelm Heye folgte, sahen die Reformer den Weg zu einer neuen Rüstungspolitik frei.

Heye selber übernahm die Initiative. Im Februar 1927 enthüllte er dem Reichskanzler Wilhelm Marx, welche geheimen Waffenlager die Reichswehr besitze, und stellte den Antrag, die Reichsregierung möge die Kosten dieser gegen



General von Schleicher: „Am besten, wenn der Kurs nach rechts geht“

den Versailler Vertrag verstoßenden Rüstung in den Reichshaushalt übernehmen. Marx und seine Minister waren einverstanden.

Da aber niemand außerhalb der Regierung von der illegalen Rüstung erfahren durfte, sollte sie auch dem Reichstag gegenüber verschleiert werden. Die Fragen dieser Rüstungsgelder wurden intern, durch einen Staatssekretärausschuß, geregelt – eine klare Verletzung der Verfassung, denn das Kontrollrecht über den Staatshaushalt stand dem Reichstag zu.

Eine Regierung der Republik hatte damit eine Aufrüstungspolitik in Gang gesetzt, die später von Hitler nur übernommen und beschleunigt werden mußte, um seinen machtpolitischen Zielen zu dienen. Die republikanischen Politiker, welcher Farbe auch immer, sahen darin nichts Bedenkliches, spiegelte doch die Rüstungspolitik der Reichswehr nur wider, was Konsens nahezu aller deutschen Parteien war: festzuhalten „an der Leitvorstellung, daß das Deutsche Reich einen Anspruch auf die Rolle einer im machtpolitischen Sinne voll souveränen Großmacht in Europa, tendenziell auch in der Welt habe“ (so der Historiker Andreas Hillgruber).

Heyes Offiziere beeilten sich, diese Vorstellung in ein erstes konkretes Rüstungsprogramm umzusetzen. Ein Fünf-Jahres-Plan sah vor, Gerät und Munition für ein 21 Divisionen starkes Kriegsheer und für 34 Verbände zu schaffen, die vorwiegend aus Freiwilligen der örtlichen Bevölkerung im Grenz- und Landesschutz eingesetzt werden sollten.

Was die eigentliche Sensation dieses Programms ausmachte, war sein gesamtgesellschaftlicher Rahmen: Hier ging es nicht mehr um einen eng begrenzten militärischen Sektor, vielmehr sollten alle Teile der Gesellschaft auf den Verteidigungsfall vorbereitet werden – das ganze Verkehrswesen, die Industrie, die grenznahe Verwaltung und so weiter.

Das bedingte jedoch, daß die Reichswehrführung mit den Politikern, Wirtschaftlern und Staatsorganen eng zusammenarbeitete. Das Rüstungsprogramm war nur mit der Republik zu verwirklichen, nicht gegen sie; die Zeit der antirepublikanischen Ressentiments und Exzesse mußte endgültig vorbei sein, ein Tachtelmechtel mit den Republikfeinden und ihren zwielichtigen Organisationen durfte es nicht mehr geben.

Das verstand von den Soldaten keiner besser als der pensionierte General Groener, den der Kanzler Marx im Januar 1928 an die Spitze des Reichswehrministeriums stellte. Groener erteilte seinem Wahlsohn Schleicher, den er im Ministerium sogleich wieder an sich zog, die Weisung, die Arbeiten an dem Rüstungsplan beschleunigen und kabinettstauglich machen zu lassen.

Schleicher wachte darüber, daß kein Tolpatsch die Arbeit an dem sensiblen

**„Bei mir läuft's
fantastisch mit
Dextro Energen.“**
Thomas Wessinghage



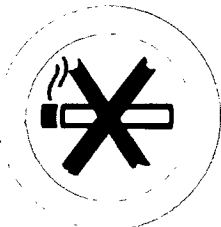
Wo Thomas Wessinghage startet, da läuft's für ihn. 6mal deutscher Meister, 2mal Hallen-Europa-meister, Studenten-Weltmeister und 45 Einsätze im Nationalteam. Eine Karriere, zu der Talent und viel Energie nötig waren. Energie, wie sie Dextro Energen gibt. Denn Dextrose geht sofort ins Blut und schützt die körpereigenen Reserven. Dextro Energen schafft so Voraussetzungen für mehr Energie, Spannkraft und Leistungsvermögen.

Dextro Energen.

Deutschlands Energiepaket Nr. 1*



*Dextro Energen ist das meistgekaufteste Dextrose-Komprimat.



JEDE ZIGARETTE WENIGER IST EIN ERFOLG!

Für alle, die das Rauchen aufgeben oder erheblich einschränken wollen, gibt es die Nikotin-Entwöhnungskur Stop Smoking.

Kauen Sie nur drei bis vier Stop Smoking pro Tag. Sie werden danach merken, daß Ihnen die Zigarette einfach nicht mehr schmeckt.

Machen Sie einen neuen Anfang. Holen Sie sich Stop Smoking aus der Apotheke.

STOP SMOKING

Nikotin-Entwöhnungskur

Pharma Stroschein, 2000 Hamburg

SCHARPF ALARM

Das drahtlose, installationsfreie
**SCHARPF-Funkalarmsystem für Ein-
familienhäuser, Etagenwohnungen,
Geschäfts- und Fabrikationsgebäude.**

- ★ Sie brauchen nur die Steckdose. ★ Sabotage- und notstromgesichert. ★ Drahtlose Außenhautsicherung.
- ★ Bewegungsmelder in Ultraschall- und Passiv-Infrarottechnik. ★ Überfall-Notrufhandsender ★ Kauf oder Leasing. ★ Bundesweite Beratung und Kundenservice.
- ★ 2 Jahre Garantie. Handsender



SCHARPF - Alarmsysteme
Am Siebenstein 2 · Postfach 301232 · 6072 Dreieich b. Frankfurt / M.
Telefon (06103) 62134 · Telex 414 326

Informations-Coupon

Bitte schicken Sie mir kostenlos Info-Material.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____ Telefon: _____

SCHARPF
DRAHTLOSE
ALARMSYSTEME

Postfach 301232 · 6072 Dreieich · Telefon (06103) 62134



Generale Groener (in Zivil), Heye* 1930: Aufrüstung hinter dem Rücken des Reichstags

Unternehmen störte und durch Rückfall in die Unarten der Schwarzen Reichswehr die Politiker erschreckte. Dazu schuf er sich, was die Gegner das „System Schleicher“ nannten.

Schleicher sorgte dafür, daß seine Freunde die Schlüsselposten des Ministeriums besetzten; so wurde Oberst von dem Bussche-Ippenburg Chef des Wehramtes und der Generalmajor von Stülpnagel Chef des Heerespersonalamtes. Meist waren es Freunde aus der gemeinsamen Dienstzeit im feudalen 3. Garderegiment zu Fuß oder in der Obersten Heeresleitung (OHL) Hindenburgs, der auch aus dem Regiment stammte – Anlaß für den Ausruf eines Kritikers, nun seien ja wieder „die Leute der letzten O.H.L., die schon einmal die Karre in den Dreck gefahren haben, am Ruder“.

Im September 1928 legte Groener das Rüstungsprogramm dem Kabinett der Großen Koalition vor. Der Reichskanzler Müller und die übrigen Minister hatten keine Bedenken, den Start der deutschen Aufrüstung zu genehmigen. Hermann Müller galt ohnehin, im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als ein wehrfreudiger Mann; der Streit um das Panzerschiff A hatte es gezeigt.

Aber gerade diese Affäre ließ in Schleicher den Zweifel aufkeimen, ob Müller der geeignete Kanzler sei, das ehrgeizige Rüstungsprojekt des Militärs in der Öffentlichkeit zu vertreten und durchzusetzen. Hinter dem schwachen Müller sah Schleicher die gewaltige Figur des Militär-Gegners Braun auftauchen,

der wiederholt versucht hatte, das Panzerschiffprojekt zu torpedieren.

Braun war schon wieder kräftig dabei, sich mit dem Kanzler und der Reichswehrführung anzulegen. Am 26. April 1929 hatte die Reichsregierung „Richtlinien für den Grenz- und Landes-schutz“ beschlossen, die die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der Reichswehr bei Aufbau und Ausbildung der für die Landesverteidigung vorgesehenen Freiwilligenverbände festlegten. Doch die preußische Regierung weigerte sich, die Richtlinien für das Land zu akzeptieren. Braun schrieb an den Reichsinnenminister Severing: „Gegen einen Angriff von außen bildet diese Spielerei keinen Schutz, innerpolitisch involviert sie indessen die Gefahr des Bürgerkrieges.“

Hinter Brauns Opposition stand mehr als nur die Furcht vor der militanten Rechten. Ihm paßte die ganze Richtung nicht. Mochte den Ministerpräsidenten manchmal auch ein fast schon krankhaftes Mißtrauen gegen Militärs beherrschen und zu manchem Fehlurteil veranlassen, in einem entscheidenden Punkt sah er schärfer als die meisten Zeitgenossen: Der Pazifist Braun erkannte, daß das Rüstungsprogramm der Bendlerstraße praktisch auf eine Militarisierung der ganzen Gesellschaft hinauslief, wie es sie nur im Ersten Weltkrieg gegeben hatte.

„Eine durchaus moderne Variante des totalen Krieges“ nennt es der Historiker Michael Geyer, und so sah es auch Braun: Die ganze Gesellschaft wurde in das Rüstungsprogramm des Reichswehrministeriums einbezogen. Und dagegen stellte sich Braun mit aller Macht.

* Dritter von links.

UNSER COMPUTER WÄHLT IHREN COMPUTER.

Er leistet Hilfestellung, um Ihnen den preisgünstigen Zugang zu modernen EDV-Systemen zu ermöglichen. Mehr aber noch werden Ihnen unsere Fachkenntnisse dienlich sein, die wir „auf beiden Seiten der Front“ sammeln konnten.

IKB Leasing, eine Tochtergesellschaft der Unternehmer-Bank. Vertriebspartner namhafter Unternehmen der Computer-Branche. Und gleichzeitig Berater leasingorientierter großer, mittlerer und kleiner Industrie- und Handelsfirmen.

Wir machen uns stark für die richtige Empfehlung.

IKB Leasing GmbH



Die Leasinggesellschaft der
Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank

Sie finden uns in 2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 50, Telefon (040) 351051 · 8000 München 2, Maximiliansplatz 5, Telefon (089) 554218-19
7000 Stuttgart 1, Hospitalstraße 32, Telefon (0711) 225134 · 6000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 9, Telefon (0611) 742653 · 4000 Düsseldorf 1, Breite Straße 67, Telefon (0211) 8221-501 · 3000 Hannover, Rathenaustraße 16, Telefon (0511) 18811
2000 Hamburg 36, Colonnaden 18, Telefon (040) 351737 · 1000 Berlin 12, Bismarckstraße 105, Telefon (030) 31009-231

Er gab der preußischen Verwaltung einen Wink, die Wünsche der Reichswehr dilatorisch zu behandeln. Braun ließ erklären, die Richtlinien der Reichsregierung würden nicht für Preußen gelten, und wo immer die Landesschutzoffiziere der Reichswehr erschienen, machten die preußischen Bürokraten Schwierigkeiten.

Allmählich wurde Groener wütend, ihm mißfiel, daß der Reichskanzler nichts gegen Brauns „Sabotage“ unternahm. Es sei doch, schrieb Groener an Müller, „mit der Autorität des Reiches unvereinbar, daß das größte deutsche Land einem klaren Kabinettsbeschluß mehr oder minder passiven Widerstand entgegensetzt und sich einer offiziellen und verantwortlichen Mitarbeit zu entziehen versucht“.

Da bedurfte es nur noch der Querelen im Kabinett Müller, um in dem General von Schleicher die Überzeugung zu wecken, mit dieser Regierung sei nichts mehr anzufangen. Für Schleicher war es eine ausgemachte Sache, daß Müller gehen müsse, und wenn der Kanzler es nicht begreife, dann werde er, Kurt von Schleicher, nachhelfen. Denn er hatte bereits eine neue Regierung konzipiert: ohne die Parteien, allein gestützt auf den Diktaturartikel 48 und die Autorität des Reichspräsidenten. Ein „Hindenburg-Kabinett“ nannte er das.

Nicht einen Augenblick stellte sich Schleicher die Frage, woher er oder die Reichswehrführung das Recht nahm, derart grob in das Verfassungsleben einzugreifen. Niemand hatte den General von Schleicher in eine politische Funktion gewählt, nirgendwo trug er öffentliche Verantwortung. Doch nach Jahrhunderten preußisch-deutscher Militärherrschaft, nach der langen Zeit eines oftmals grotesken Soldatenkults fragte schließlich kaum noch einer in Deutschland nach der Legitimität einer Reichswehrpolitik.

Gerade in der Republik war man an militärische Interventionen gewöhnt: Das Militär war Ebert 1918 gegen die Ultralinken zu Hilfe gekommen, die Reichswehr hatte 1923 gegen Separatisten und Umstürzler eingegriffen. Für einen Mann wie Groener war es nicht einmal eine Entartung der Demokratie, wenn er diesen ungeheuerlichen Satz aussprach: „Im politischen Geschehen Deutschlands darf kein Baustein mehr bewegt werden, ohne daß das Wort der Reichswehr ausschlaggebend in die Waagschale geworfen wird.“

Doch wer sollte Kanzler werden? Einer der politischen Konfidenten

Schleichers, der Oberstleutnant Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen, wie Schleicher ein ehemaliger Groener-Schüler von der Kriegsakademie, kannte da jemanden aus dem Ersten Weltkrieg.

Mit dem Leutnant Heinrich Brüning, Führer der MG-Scharfschützenabteilung 12, hatte er bei den Abwehrkämpfen in Frankreich im Sommer 1918 zusammengelegt und seither auch weiterhin Kontakt gehalten; Brüning war Mitglied der Zentrumsparität im Reichstag, und damit einer der wichtigsten Männer der Partei.



SPD-Politiker Braun
Streit mit der Reichswehrführung

Nach Ostern 1929 traf sich Schleicher mit Brüning, doch die beiden Männer hatten es schwer miteinander. Der schnoddrige Pferde- und Frauenfreund Schleicher fand kaum Zugang zu dem hageren Mann mit dem asketischen, blassen Gelehrtengehalt, der steif vor ihm saß und vor lauter Vorsicht – oder war es Taktik? – jede eindeutige Äußerung vermied.

Jesuit, dachte Schleicher, denn der Protestant konnte es sich nicht anders vorstellen, als daß ein Katholik bei den Jesuiten und deren Ordensgründer Ignatius von Loyola in die Lehre gegangen sei. Wenigstens hatte Brüning bei Schleicher seinen Spitznamen weg: „Ignaz.“

Schleicher war gleichwohl von Brünings Persönlichkeit so beeindruckt, daß er in allen einflußreichen Zirkeln für

eine Kanzlerkandidatur des Zentrums politiklers Stimmung machte. Vor allem im Reichspräsidentenpalais fiel ab Sommer 1929 häufiger Brünings Name, wenn das 3. Garderegiment zu Fuß unter sich war: Vater Hindenburg, Sohn Oskar, der es freilich nur bis zum Oberstleutnant gebracht hatte, und Schleicher.

Nur der vierte im Bunde störte etwas, aber den verschlagenen Juristenverstand des Staatssekretärs Otto Meißner benötigten die drei, und einer mußte doch auch erfahren, wie schlau der General von Schleicher sei. Papa Hindenburg: „Halten Sie sich an den General von Schleicher. Das ist ein kluger Mann und ver-

steht viel von der Politik.“ Was Schleicher nun vortrug, leuchtete dem Präsidenten durchaus ein. Auch er hatte keine rechte Lust mehr, mit den Sozials zu regieren, und seine besten Freunde, die Großagrarien in der Nachbarschaft seines ostpreussischen Gutes Neudeck, hielten ihm schon lange vor, er lasse sich viel zu häufig mit Sozialdemokraten ein, gehe gar mit Herrn Braun auf die Jagd.

Zudem fand auch er schlimm, was die Koalitionsparteien da mit dem braven Müller aufführten. So war Paul von Hindenburg nur allzu geneigt, einmal ohne die Parteien zu regieren. Die Sache hatte nur einen Haken – Brüning sperrte sich, Kanzler zu werden.

Heinrich Brüning hatte in der Tat Bedenken, einer Regierung in den Rücken zu fallen, die von seiner eigenen Partei getragen wurde, und er hatte zudem seine Zweifel, daß der Kanzler schon seitsmüde sei. Noch stärker aber irritierten ihn die offenkundigen Diktaturpläne Schleichers; er, Brüning, glaubte ernsthaft, daß das parlamentarische Regierungssystem noch eine Chance hatte. Ein Präsidialkabinett dünkte ihn allenfalls ein letzter Ausweg aus der Krise.

Als Müller nach der Abstimmungsniederlage im Reichstag völlig am Ende schien, unternahm Schleicher wieder einen Versuch, den inzwischen zum Fraktionsvorsitzenden avancierten Brüning für seine Pläne zu gewinnen. Im Haus des Vermittlers Willisen in der Charlottenburger Giesebrechtstraße fragte ihn der General am 27. Dezember, ob er bereit sei, als Reichskanzler die nächste Regierung zu übernehmen.

Begründung: „Müller . . . hat die Zügel in seiner Partei nicht in der Hand, ist müde und kränkelt. Not tut sobald als



Reichswehr-Manöver 1928: „Gegen einen Angriff von außen bildet diese Spielerei keinen Schutz“

möglich ein Präsidialkabinett, vom Reichspräsidenten in alleiniger Verantwortung gestellt, das mit Artikel-48-Vollmacht notfalls den Reichstag nach Hause schicken kann, ohne Neuwahlen auszuschreiben, bis die Krise ausläuft!“

Mit einiger Erregung, so erinnert sich der DNVP-Abgeordnete Gottfried Treviranus, der dabei war, „zerpflückte er (Brüning) Schleichers Argumente nacheinander“. Sein Hauptargument: Müller sei Manns genug, die Krise im Amt zu überstehen, notfalls könne auch er eine Zeitlang mit dem 48 regieren.

Brüning war von Schleichers hartnäckigem Drängen verstimmt. Noch draußen auf der Straße nahm er Treviranus beiseite und warnte ihn: „Machen Sie ja Schleicher keine Hoffnungen, daß ich auf seine abwegigen Pläne eingehen würde. Er ist unweise.“

Auch Schleicher hatte verstanden, am nächsten Morgen rief er Treviranus an: „Ihr Freund Ignaz ist nicht zu gebrauchen.“ Nur Groener war optimistisch. Am 4. Januar 1930 schrieb er an einen Freund: „So warten wir in Ruhe ab, was 1930 bringen wird. Schleicher wird jedenfalls nicht eingewickelt. Wie wenig kennst Du Schleicher!“

Was folgte, war ein hektisch-bizarrer Wettkampf zwischen Schleicher und Brüning um das Müller-Kabinett. Denn je verbissener der „Kardinal in politics“ zum Sturz der Regierung drängte, desto eifriger produzierte der Zentrumsmann eine Formel nach der anderen, um den Bruch der Großen Koalition zu verhindern.

Viel Zeit blieb ihm allerdings nicht, denn die Streitereien im Kabinett nah-

men immer mehr zu. Der Konflikt hatte weitere Opfer gefordert: Finanzminister Hilferding hatte inzwischen mit seinem Staatssekretär die Regierung verlassen, der DVP-Politiker Paul Moldenhauer war Nachfolger geworden – Grund für verstärktes Mißtrauen der SPD, die den Klassenfeind auf dem Vormarsch wähnte.

Am 29. Januar griff Brüning ein. Er nötigte den Kanzler, einem Junktim zwischen den Ratifizierungsgesetzen, die sich aus dem Young-Abkommen ergaben, und der Haushaltsverabschiedung zuzustimmen. Die Zentrumsparterie, so erklärte ihm Brüning, werde ihr Votum für die Young-Gesetze im Reichstag nur abgeben, wenn vorher das Problem des Haushaltsnachtrags für 1929 und des Etats für 1930 befriedigend im Sinne einer strengen Sanierungspolitik geregelt sei.

Das war zwar Erpressung, aber zu einem guten Zweck. Mit diesem Manöver wollte Brüning das Kabinett festigen. Er ging davon aus, daß die Parteien der Großen Koalition zusammenbleiben würden, solange die Young-Gesetze noch nicht verabschiedet seien, und er wollte deshalb die Lebensdauer des Kabinetts verlängern, bis der eigentlich existenzbedrohende Konflikt, der Streit um die Arbeitslosenversicherung, ausgestanden war. Geling dies, so Brünings Kalkulation, dann war das Kabinett gerettet, zumindest bis zum Herbst 1930.

Anfangs schien Brünings Taktik zu wirken. Die Ratifizierungsgesetze wurden vorbereitet, während sich Finanzminister Moldenhauer daran machte, eine rettende Formel für den Haushaltskonflikt zu finden. Er tüftelte eine Lösung

aus: Er wollte die der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fehlenden Beträge für die Arbeitslosenversicherung erbringen durch Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und eine Erhöhung der Beiträge auf vier Prozent.

Das Kabinett war einverstanden, am 5. März 1930 stimmten alle Minister zu. Brüning war schon so optimistisch, daß er sein Junktim aufgab. Am 12. März konnten die Young-Gesetze im Reichstag mit einer sicheren Mehrheit passieren.

Doch kaum war diese letzte Klammer des Kabinetts und der Großen Koalition gefallen, da prallten die alten Gegensätze wieder aufeinander. Die DVP desavouierte ihren eigenen Finanzminister und wollte auf keinen Fall der Lösung vom 5. März zustimmen.

Die Auseinandersetzungen wurden so hemmungslos, daß die Vernünftigen im Kabinett nur noch einen Ausweg wußten: weitermachen mit dem Diktaturartikel des Reichspräsidenten. Es war ein verzweifelter Argument für Demokraten.

Die Aussicht aber, daß Müller mit dem Diktaturartikel regieren könne, provozierte Schleicher zu einer Gegenaktion. Er hatte gerade erfahren, daß Hindenburg tatsächlich mit dem Gedanken umgehe, Müller mit dem Notstandsartikel weiteramtiert zu lassen. Das aber mußte seine Pläne zunichte machen.

Umgehend machte er sich auf den Weg, um im Reichspräsidentenpalais zu intervenieren. Vor Hindenburg polemisierte er gegen die SPD, die kein Ver-

trauen verdiene. Er hielt eine Anklagerede, für die er sich schon Stichworte aufgeschrieben hatte: „Sabotage des Landesschutzes durch Preußen . . . Unterirdischer Kampf Preußens gegen Wehrmacht . . . Aufbauschung von kleinen Zwischenfällen . . . Einmischung in Befehlsgewalt des Reichswehrministers.“

Er brachte sein altes Gegenprogramm wieder vor, auch hierfür gab es schon Stichworte: „Beim Platzen dieser Regierung nicht Reichstag auflösen, sondern Bildung einer neuen Regierung auf überparteilicher Grundlage. Dazu Ernennung von Brüning oder (des DVP-Vorsitzenden) Scholz, falls Br. aus irgendeinem Grunde absagt, zum Kanzler.“

Doch Schleicher machte sich umsonst Sorgen, Meißner war längst dabei, den alten Herrn endgültig zur Wendung gegen die Sozialdemokratie zu bewegen. Schon am 15. Januar 1930 hatte der Staatssekretär dem deutschnationalen Grafen Westarp skizziert, wie die nächste Regierung aussehen müsse: „a) antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsverhandlungen und Vereinbarungen, b) antimarxistisch; . . . durchaus erforderlich, zum mindesten auf einige Zeit hinaus, den sozialdemokratischen Einfluß auszuschalten“.

Spätestens ab etwa 20. März war auch Hindenburg entschlossen, in Zukunft ohne SPD zu regieren.

Brüning aber versuchte noch einmal, das Kabinett zu retten. Endlich, am 27. März, hatte er einen Kompromiß mit den Kollegen erarbeitet. Er besagte, das Reich werde für die fehlenden Gelder der Reichsanstalt aufkommen, die Bei-

tragserhöhung solle vorläufig entfallen; stelle sich heraus, daß die Reichszuschüsse und die eigenen Mittel der Reichsanstalt nicht ausreichen, dann müsse man neue Wege suchen, wozu auch eine Beitragserhöhung zählen könne. Das war so weich, daß dem Kompromiß sogar die DVP zustimmen konnte.

Befriedigt ging der Zentrumsmann am 27. März gegen Mittag mit zwei Freunden in sein Stammlokal, das „Schwarze Ferkel“, um den Erfolg ein bißchen zu feiern. „Nach langen Wochen konnte ich zum erstenmal wieder aufatmen“, erinnerte sich Brüning später.

Es war ein fataler Irrtum, denn fast zur gleichen Stunde spielten sich dramatische Szenen in der sozialdemokratischen Fraktion ab: Die Linken und Gewerkschaftler, angeführt von dem aufgeregten Wissell, liefen Sturm gegen den Brüning-Kompromiß und verlangten den Austritt der SPD aus der Regierung.

Wissell sah den ganzen Sozialstaat gefährdet, es gehe um den „Abbau der Leistungen“, während Hilferding darin nichts als eine groteske Dramatisierung der Sachfrage erblickte. Am Ende stimmte nahezu die ganze Fraktion gegen den Brüning-Kompromiß und damit gegen ein Verbleiben der SPD in der Regierung.

Es war die „endgültige Absage an die unabhängige Verantwortlichkeit des Kanzlers und der Minister“ (so der Historiker Werner Conze), es war das Ende sozialdemokratischer Regierungspolitik in der Weimarer Republik. Wie ein Verzweiflungsschrei klang Rudolf Hilferdings Wort: „Es ist nicht gut, aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu verüben!“

Als Brüning kurz darauf, zu spät informiert, in das Fraktionszimmer der SPD im Reichstag eilen wollte, trat ihm der Abgeordnete Stefan Meier-Baden entgegen. Meier: „Es ist alles aus. Wissell hat dagegen gekämpft, Hermann Müller war müde.“

Der demokratische Parteienstaat hatte einen Schlag erhalten, von dem er sich nie wieder erholen sollte, und es blieb der grausame Witz, daß wegen eines halben Prozents eines Sozialbeitrages gestandene Politiker eine ganze Republik aufs Spiel setzten.

Kurt von Schleicher aber hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Die Sozialdemokratie schied aus der Reichspolitik aus, und er bekam seinen Kanzler Brüning. „Ihr Mann, Ihr Werk, ich gratuliere“, sagte Theodor Wolff, Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“, zu Schleicher. Der General lächelte. Er wußte es noch nicht: Am 27. März 1930 begann die Fahrt in die deutsche Katastrophe.

Im nächsten Heft

Der Machtaufstieg des Nationalsozialismus – Die Katastrophenwahl des September 1930



Kanzler-Kandidat Brüning 1930: Letzter Ausweg aus der Krise?